

## **Aide-Mémoire aus Anlass des Gespräches mit Herrn Außenminister Heiko Maas am 3.2.2021**

### **Organisation**

Amnesty International, Brot für die Welt, Misereor, Missio, Vereinte Evangelische Mission  
(in Zusammenarbeit mit dem Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen)

### **Länderthema:**

Philippinen

### **Beschreibung der Menschenrechtsproblematik:**

Im Juli 2016 übernahm Rodrigo Duterte das Amt des philippinischen Präsidenten mit der Ankündigung, zehntausende mutmaßliche Drogenkriminelle töten lassen zu wollen. Sowohl die philippinische Menschenrechtskommission als auch der Bericht der Hohen Kommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen, Michelle Bachelet, vom 29. Juni 2020 gehen von mittlerweile mindestens 27.000 Todesopfern im sogenannten Krieg gegen die Drogen aus. Der UN-Bericht beschreibt diese Tötungen als „widespread and systematic“. Am 15. Dezember 2020 äußerte Fatou Bensouda, die Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), es gäbe eine „vernünftige Grundlage“ anzunehmen, dass bei den Tötungen im Zuge des von Präsident Rodrigo Dutertes sogenannten „Kriegs gegen die Drogen“ Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurden. Der IStGH hatte im Februar 2018 die Eröffnung eines vorläufigen Ermittlungsverfahrens der im Kontext des „Kriegs gegen die Drogen“ geschehenen Tötungen durch Polizeikräfte bekanntgegeben.

Stark zugenommen hat unter Duterte und insbesondere im Jahr 2020 die Bedrohung für Menschenrechtsverteidiger\*innen (MRV), Oppositionspolitiker\*innen und unabhängige Medien. So wurden zwischen Juli 2016 und Dezember 2020 über 230 MRV und Journalist\*innen getötet. Zwar waren die Philippinen auch schon vor Duterte eines der gefährlichsten Länder der Welt für diese Gruppen, die Zahl der Morde hat aber noch einmal deutlich zugenommen. Dies liegt auch daran, dass die Regierung MRV systematisch als staatsfeindlich denunziert und ihnen oftmals unterstellt wurde, Unterstützer\*innen der kommunistischen Rebellen der New People's Army (NPA) zu sein. So gebrandmarkte kritische Stimmen werden besonders häufig Opfer von tödlicher Gewalt oder werden vielfach unter falschen Anschuldigungen, kriminalisiert und die Verfahren verschleppt. Eines der Opfer dieser Strategie ist die MRV und langjährige Partnerin des Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen (AMP), Zara Alvarez, die im August 2020 nach jahrelanger Verfolgung und Diffamierung erschossen wurde. Ernsthaftige polizeiliche Ermittlungen und Strafverfolgung unterblieben in diesem Fall, wie in nahezu allen Fällen politischer Morde und Morde im sog. „Krieg gegen die Drogen“.

Diese Situation ist während der Pandemie weiter eskaliert, die mit einem militärisch geleiteten Lockdown bekämpft wurde. Ausgangssperren führten zu existenzieller Not, Verstöße hatten erniedrigende und menschenunwürdige Strafaktionen durch staatliche Sicherheitskräfte zur Folge, so wurden Menschen etwa zur Strafe in Hundezwinger eingesperrt. Covid-19 Eindämmungsmaßnahmen wurden auch als Anlass für die Diffamierung von MRV genutzt, wie im Fall von Jory Porquia, der vor seiner Ermordung am 30. April als „Virenschleuder“ bezeichnet wurde, als er sich an der Verteilung von Essenrationen im Rahmen der Krisenprogramme beteiligte.

Die Einführung des neuen Antiterrorgesetzes am 3. Juli 2020 stellt eine weitere akute Bedrohung für alle dar, die sich für Menschenrechte einsetzen. Individuen und Organisationen können ohne Beweise zu „Terroristen“ erklärt werden. Die Deutungshoheit hat der neue „Anti Terror Council“ (ATC), der aus zumeist regierungstreuen Mitgliedern des Senats und anderen Regierungsvertreter\*innen besteht. Auf der Grundlage dieser Einstufung sind Verhaftungen von Individuen und das unbefristete

Einfrieren von Konten ohne richterliche Befugnis möglich. Inhaftierungen ohne richterlichen Beschluss und ohne Anklage sind bis zu 24 Tage möglich. Die Beweislast liegt bei den Angeklagten, die Vorwürfe widerlegen müssen, für die keine Beweise vorgelegt werden müssen. Beim Obersten Gerichtshof der Philippinen liegen 37 Klagen gegen das Gesetz vor, die im Januar 2021 verhandelt werden. Dessen ungeachtet wurden am 17. Oktober 2020 die Richtlinien zur Implementierung des Gesetzes veröffentlicht, die u.a. vorsehen, dass eine Liste von als „Terroristen“ erklärten Individuen und Organisationen zu einem nicht genannten Zeitpunkt sowohl online als auch in den philippinischen Medien veröffentlicht werden soll. Gelisteten soll 15 Tage Zeit gegeben werden, ihre Namen von der Liste tilgen zu lassen. Der notwendige Prozess hierfür wird nicht erläutert.

Auch Angriffe gegen die freie Presse haben weiter zugenommen. Die Philippinen zählen zu den Ländern mit den weltweit meisten Morden an Journalist\*innen, mit 19 Morden an Medienmitarbeiter\*innen in der Amtszeit Duterte, vier davon im Jahr 2020. Des Weiteren verdeutlicht der politisch motivierte Entzug der Sendelizenz von ABS-CBN, des größten Medienunternehmens der Philippinen, zum 3. Mai 2020 die Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit. Durch die Schließung von ABS-CBN wurde der Zugang zu sachlicher und kritischer Berichterstattung erschwert, zudem verloren dadurch in der Pandemie 11.000 Menschen ihren Arbeitsplatz. Gegen das unabhängige und investigative Medienportal Rappler und dessen Chefin Maria Ressa wurden insgesamt elf Anklagen angestrengt. In einem der Klagefälle wurden Maria Ressa und ein Mitarbeiter im vergangenen Jahr wegen Online-Verleumdung zu einem noch nicht festgelegten Strafmaß zwischen 6 Monaten und 6 Jahren sowie zu einer Geldstrafe verurteilt.

Die fast absolute Straflosigkeit für schwere Menschenrechtsverletzungen, die auch schon unter Vorgängerregierungen ein strukturelles Problem darstellte, bleibt eine zentrale Herausforderung. Seit Präsident Dutertes Amtsantritt im Jahr 2016 wurden nur in einem Fall einer Tötung im Kontext des sogenannten „Kriegs gegen die Drogen“ die verantwortlichen Polizisten wegen Mordes verurteilt. Dem stehen zehntausende Fälle außergerichtlicher Hinrichtungen vorgeblicher Krimineller und über 230 Morde an MRV und Journalist\*innen gegenüber. Dies liegt nicht mehr nur in einem dysfunktionalen und unterfinanzierten Justizsystem begründet. Der Präsident selbst versprach den Mitgliedern der Sicherheitskräfte, Anklagen wegen Menschenrechtsverletzungen gegen sie nicht zuzulassen und sie auch nach seiner Amtszeit zu schützen. Diese Weigerung, systematische Menschenrechtsverletzungen aufzuklären, richtet sich nicht nur gegen die eigene Justiz, sondern auch gegen internationale Menschenrechtsmechanismen. Die Philippinen traten im März 2019 aus dem Internationalen Strafgerichtshof aus, nachdem dieser die Eröffnung einer vorläufigen Untersuchung gegen Präsident Duterte angekündigt hatte.

Die Mitglieder der indigenen Gemeinschaften der Philippinen, insbesondere auf der Insel Mindanao, sind in besonderer Weise von schweren Menschenrechtsverletzungen betroffen. Unabhängige Schulen Indigener werden von Militär und Paramilitärs bezichtigt als Ausbildungslager der NPA zu dienen und werden aus diesem Grund geschlossen und teilweise angegriffen. Politisch erwünschte wirtschaftliche Großprojekte wie Bergbauvorhaben und Plantagen führen zu Vertreibungen und häufig auch zu Ermordungen Indigener, die sich für ihre Landrechte einsetzen. Zuletzt wurden am 30. Dezember 2020 17 Vertreter\*innen der indigenen Tumandok in Panay durch staatliche Sicherheitskräfte inhaftiert und neun ermordet, die sich gegen ein von der Regierung geplantes Wasserkraftprojekt einsetzten, welches die Flutung ihrer Gemeinden zur Folge hätte. Die zunehmende Militarisierung in indigenen Gebieten wird als verschärfte Bedrohungslage empfunden.

Frauen sind in diesem Kontext zunehmend auch geschlechtsspezifisch bedroht. Die gewaltverherrlichende und stark misogynen Rhetorik von Präsident Duterte begründet und verstärkt diese Tendenz gleichermaßen. Menschenrechtsverteidigerinnen berichten von zunehmenden sexualisierten Übergriffen in den militarisierten Gebieten sowie geschlechtsspezifischen Drohungen und Einschüchterungen. Häufig wird auch der familiäre Kontext instrumentalisiert. Laut Maria Ressa werden Frauen in den Philippinen zehnmal so oft Opfer von virtuellen Hasskampagnen wie Männer.

Wir begrüßen die klare Analyse der Menschenrechtssituation in den Philippinen im 14. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung. Allerdings empfehlen wir der Bundesregierung im Kontext multilateraler Beziehungen mit den Philippinen angesichts gravierender Menschenrechtsverletzungen konkrete Maßnahmen zu benennen, wie Menschenrechtsschutz durch politisches Handeln eingefordert und gewährleistet werden kann. Daher bitten wir die Bundesregierung, gegenüber den Philippinen die Absichtserklärungen im Aktionsplan Menschenrechte 2022 bis 2024 – hier besonders den Aktionsplan zu zivilgesellschaftlichen Handlungsräumen und Straflosigkeit - und die EU-Richtlinien zum Schutz von MRV konsequent umzusetzen.

**Wir bitten die Bundesregierung, sich gegenüber der philippinischen Regierung dafür einzusetzen, dass**

1. das Antiterrorgesetz von 2020 bis zur Verhandlung der anhängigen Klagen nicht umgesetzt wird und mit internationalen menschenrechtlichen Grundsätzen sowie mit demokratischen Rechtsstaatlichkeitsprinzipien wie der Unschuldsvermutung in Übereinstimmung gebracht wird sowie, dass eine unabhängige Monitoringstelle eingerichtet wird, um Instrumentalisierung und politischen Missbrauch zu vermeiden;
2. alle Polizeieinsätze im Rahmen des sogenannten „Kriegs gegen die Drogen“, die den Einsatz unnötiger oder unverhältnismäßiger Gewalt beinhalten, unverzüglich beendet werden;
3. alle Fälle von außergerichtlichen Hinrichtungen, Verschwindenlassen und Folter unverzüglich untersucht und die Täter\*innen vor Gericht gestellt werden, insbesondere, wenn es sich bei den Täter\*innen um staatliche Sicherheitskräfte handelt. Dazu sollte eine von der Regierung und den Sicherheitskräften unabhängige Untersuchungskommission eingesetzt werden, die mit relevanten internationalen Untersuchungsmechanismen kooperiert;
4. staatliche Stellen und Sicherheitskräfte öffentliche Aufrufe zur Gewalt gegen Frauen sowie misogynen (sexualisierte) Äußerungen gegen Menschenrechtsverteidigerinnen einstellen;
5. die philippinischen Streitkräfte keine konstruierten Anklagen gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen mehr anstrengen und bisher verschleppte Verfahren nach Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit zum Abschluss gebracht werden;
6. allen Gremien und Mitgliedern internationaler menschenrechtlicher Untersuchungs- und Monitoringmechanismen, darunter Vertreter\*innen des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte und des Internationalen Strafgerichtshofs, ein uneingeschränkter Zugang zum Land gewährt wird;
7. alle Gesetze, die Verleumdung als Straftat definieren, insbesondere Artikel 353 bis 355 und 358 bis 362 des Revised Penal Code, sowie Abschnitt 4(c) (4) des Cybercrime Prevention Act, aufgehoben werden;

**Wir bitten die Bundesregierung, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass**

8. die Suspendierung der den Philippinen unter dem Generalised Scheme of Preferences (GSP+) durch die EU gewährten Handelspräferenzen gemäß Artikel 19.1 der Statuten eingeleitet wird. Eine Nichtsuspendierung nach der sechsmonatigen Überprüfungsphase soll an konkrete Schritte zur Verbesserung der Menschenrechtssituation entsprechend den obigen Forderungen geknüpft werden.